

## Die „Pro-Bewegung“ – antimuslimischer Kulturrassismus von Rechtsaußen<sup>1</sup> von Alexander Häusler

### Kulturrassismus als Modernisierungsticket der extremen Rechten

Mit einer Fokussierung auf einen kulturellreligiös ummantelten Rassismus versuchen sich Teile der extremen Rechten an einer „Modernisierung“ ihrer Propaganda. Die Sarrazin-Debatte hierzulande zeigt die politische Brisanz von muslimfeindlichem Populismus. Dabei droht das politisch inszenierte Schlagwort der „schleichenden Islamisierung“ zum Einfallstor von Rechtsaußen in die politische Mitte zu werden. Die politische Sprengkraft eines solchen antimuslimischen Rassismus zeigte Ende des Jahres 2009 die Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz, die Vorbildcharakter für die rechtspopulistisch modernisierte extreme Rechte in Europa hatte. Auch in Deutschland sind propagandistische Verschiebungen innerhalb der extremen Rechten zu konstatieren, die einhergehen mit einer Neuaufstellung der extrem rechten Parteienlandschaft. Während die NPD die DVU geschluckt hat und damit das traditionsorientierte neofaschistische Lager erneut parteiförmig zu einen bestrebt ist, versucht sich die so genannte *Pro-Bewegung* mit ihrer versuchten Vereinigung mit den REP an einer rechtspopulistischen Modernisierung der extremen Rechten. Dabei ist jedoch die Muslimfeindlichkeit als Chiffre für einen mehrheitsfähigen Rassismus das einigende Banner. Die PRO-Bewegung ist als neue Rechtsaußengruppierung bestrebt, mit rassistischen Kulturkampfpaparen ihren Wirkungsbereich von Nordrhein-Westfalen aus bundesweit auszudehnen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2011 will „PRO“ zur Wahl antreten. Diese Gruppierung entstammt dem Lager der extrem rechten Parteienlandschaft und ringt mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die PRO-Bewegung mit einer rechtspopulistischen Hülle: Forderungen nach Volksentscheiden dienen dabei dem offenkundigen Bestreben der Instrumentalisierung von Mitbestimmung als Vehikel zur Kampfansage an den interkulturellen Frieden.

### Politische Verortung

Die PRO-Bewegung mit ihrer Ursprungsformation PRO Köln und ihren Exportmodellen PRO NRW und PRO Deutschland ist eine neue Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als „Bürgerbewegung – versucht, sich von der Domstadt Köln aus in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten. Erste Wahlerfolge erlangte diese neue Rechtsaußengruppierung bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln, wo ihr der Einzug in den Rat der Stadt glückte. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2009 konnte sie diesen Erfolg leicht ausbauen und sich zudem in weiteren Kommunen ausbreiten. Zu den Landtagswahlen 2010 in NRW trat PRO NRW erstmals an und erreichte 1,4 % der Wählerstimmen.

PRO KÖLN	(1996)
PRO DEUTSCHLAND (PRO D)	(2005)
PRO NRW	(2007)
Die Pro-Bewegung e.V.	(2010)

<sup>1</sup> Dieser Text ist eine veränderte und erweiterte Fassung des Vorworts zu der Broschüre „Berliner Zustände 2009“, hrsg. von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

In den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen werden PRO KÖLN und PRO D unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt. Das Verwaltungsgericht Hamburg hingegen verurteilte am 5. Februar 2008 die Hamburger Behörde für Inneres, „die Verbreitung des Hamburgischen Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2005 zu unterlassen, wenn nicht zuvor die Passagen über die Bürgerbewegung pro Deutschland entfernt oder unleserlich gemacht worden sind.“ Die „Einstufung der Bürgerbewegung pro Deutschland im Verfassungsschutzbericht 2005 als ‚rechtsextremistisch‘“ sei „rechtswidrig“ gewesen. Dies führt in der Alltagsbetrachtung zu einem höchst widersinnigen Tatbestand: Während PRO KÖLN /PRO NRW seitens des Verfassungsschutzes unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt wird, ist diese Bezeichnung für die Gruppierungen PRO DEUTSCHLAND noch nicht juristisch belegt. Diese Widersinnigkeit rührt daher, dass PRO D und PRO NRW nach formalen Kriterien bislang als eigenständige Gruppierungen definiert werden, obwohl in der Praxis eine Steuerung durch den Kreis der Macher von PRO KÖLN augenscheinlich ist. Man muss sich jedoch nicht die Extremismus-Definition der Verfassungsschutzämter zueigen machen, um die Pro-Bewegung dem Lager der extremen Rechten zuordnen zu können.

Der historische Ursprung dieser Gruppierung ist das Lager der extrem rechten Parteien. PRO KÖLN wurde zunächst als Verein und als politische Operationsbasis von Aktivisten der extrem rechten Gruppierung „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ gegründet. Deren Initiatoren – Markus Beisicht und Manfred Rouhs – waren vorher bei den „REPUBLIKANERN“ und der DLVH aktiv. Rouhs, Vorsitzender von PRO D, war zudem noch Aktivist in der NPD. Schon mit der DLVH versuchten die beiden Rechtsaußen-Aktivisten, eine „neue Sammlungsbewegung“ des extrem rechten Lagers zu erreichen – ein Traum, der nun wohl mit der Pro-Bewegung in Erfüllung gehen soll. Daher ringt die Pro-Bewegung mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Offenkundiges Bestreben ist es hierbei, auf dem Ticket weit verbreiteter Vorurteile gegen Muslime mit antiislamischen Kampagnen Stimmungen unter rassistischen Vorzeichen zu erzeugen und in Wahlerfolge umzumünzen. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD umgibt sich die PRO-Bewegung mit einer rechtspopulistischen Hülle: der Begriff des Rechtspopulismus wird dabei affirmativ benutzt, um sich vom Stigma des Rechtsextremismus zu befreien.

## **Merkmale**

Folgende *Merkmale* sind es, die diese Rechtsaußenformation von der herkömmlichen extrem rechten Parteienlandschaft unterscheiden:

1. ihre Maskerade als scheinbar lokale oder regionale „Bürgerbewegung“
2. ihre rechtspopulistische Verzerrung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten
3. ihre Fokussierung auf Kulturrassismus in Form von Anti-Islam-Kampagnen
4. ihr Versuch zur Besetzung eines neuen politischen Ortes
5. ihre öffentlichkeitsorientierte populistische Eskalationsstrategie

Zu 1: Mit dem geschickt gewählten Label *PRO* versucht diese Rechtsaußengruppierung, unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“, die sich scheinbar *für* kommunale Belange einsetzt, in rechtspopulistischer Manier auf Stimmenfang zu gehen. Dieses Auftreten unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“ stellt eine subtile Methode dar, um von Rechtsaußen an Einfluss zu gewinnen. Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck der Neuformierung als neue Rechtsaußen-

Wahlgruppierung stellt eine perfide Spielform des politischen Mimikry dar: Demokratiefeindlichkeit inszeniert als bürgerschaftliche Mogelpackung.

Zu 2: Durch populistische Forderungen nach „Volksentscheiden“ gegen Minarette oder Unterschriftensammlungen gegen Moscheebauvorhaben wird versucht, unter dem Deckmantel der Mitbestimmung rassistisch motivierte Kampagnen in eine demokratische Hülle zu verpacken. Dies stellt eine Form von Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile für politische Zwecke dar, die offensichtlich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander gerichtet sind. Hierbei kommt ein instrumentelles Verhältnis zu Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Kommunen zum Ausdruck: Rassismus verpackt als demokratisches Mitbestimmungsangebot.

Zu 3: Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ steht dabei im Zentrum rechtspopulistischer Agitation. „Unterschriftensammlungen“ gegen Moscheebau und Minarette haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert in der Strategie dieses rechten Netzwerkes. Die klassische „Ausländer-raus“-Parole wird dabei kulturalisierend verpackt als Kampfansage gegen die „Islamisierung unserer Gesellschaft“. Damit einher geht die Forderung zum Austausch der Feindbilder: So interpretieren etwa der *PRO*-Mäzen Patrik Brinkmann und sein Redenschreiber Andreas Molau „nicht die Juden, sondern die Muslime“ als das „Kernproblem“. „Die deutsche Rechte muss sich von ihrer Vergangenheit emanzipieren“, so die Erläuterung Brinkmanns zum Wandel der Feindbilder.<sup>2</sup> Die Zuwanderung wird dabei pauschalisierend verknüpft mit der Religion, dem Fundamentalismus und der politisch motivierten Gewalt. In solchen Feindbild-Konstruktionen zeigt sich die Stoßrichtung dieser populistischen Kampagnen: Rassismus als religiös verschleierter Kulturkampf.

Zu 4: Obwohl die *PRO*-Bewegung aggressiv mit ihren Rechtsaußen-Konkurrenten um die Stammwählerschaft der extrem rechten Parteienlandschaft ringt, versucht sie zugleich, politisch zusätzlich einen neuen Ort zu besetzen: den politischen Platz zwischen der extremen und der konservativen Rechten. Dabei orientiert sich diese Bewegung an den bereits erfolgreich modernisierten Rechtsaußenparteien in Europa wie etwa dem *Vlaams Belang* in Belgien oder der *FPÖ* in Österreich, zu denen sie seit etlichen Jahren intensive Kontakte pflegt. Rechtspopulistische Erfolge wie in den Niederlanden durch die Partei von Geert Wilders oder die Anti-Minarett-Kampagne der schweizerischen *SVP* dienen dabei als Vorbild für die *PRO*-Bewegung, die sich bemüht, in die Fußstapfen eines europäisch 'modernisierten' Kampagnenstils von Rechtsaußen zu treten und damit in das Zentrums des politischen Geschehens einzudringen: von Rechts zur Mitte.

Zu 5: Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedient sich diese Bewegung einer ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie: Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als 'Opfer' von „Meinungsdiktatur“, „Politischer Correctness“ und „linkem Gesinnungsterror“ zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches 'Drehen an der populistischen Schraube' ist Ausdruck einer populistischen Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist. Dies funktioniert nach dem Prinzip 'rassistische Vorlage' – antirassistische 'Reaktion' – rassistische 'Antwort' durch Inszenierung als 'Opfer' – Ausweitung der Konfliktebene im Sinne einer Fortsetzung auf ständig höherer Stufenleiter: Inszenierung einer

---

<sup>2</sup> Vgl. Alexander Häusler: „Von der Vergangenheit emanzipieren...“ Vom Antisemitismus zur Islamfeindlichkeit?, in: ZAG Nr. 56/2010, S. 21-23

populistischen Eskalations-Schraube. Dabei wird mit den propagandistischen Mitteln der „Protest-Inszenierung“ (Karin Priester) versucht, Rassismus und Nationalismus politisch als ‚plebiszitär‘ zu verankern.<sup>3</sup> Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck der Neuformierung als neue Rechtsaußen-Wahlgruppierung stellt eine perfide Spielform des politischen Mimikry dar: Eine strukturelle Demokratiefeindlichkeit wird dabei inszeniert als eine ‚bürgerschaftlich‘ ausgerichtete Mogelpackung: Der Rassismus wird verpackt als ‚demokratisches Mitbestimmungsangebot‘.

### **Quo vadis?**

Derartige Entwicklungen erfordern Neuorientierungen im Umgang mit dem Kulturrassismus von Rechtsaußen: Das im parteipolitischen Geplänkel jüngst wieder hervorgehobene „Extremismus-Konstrukt“, das den rechten mit dem linken Rand gleichzusetzen bestrebt ist und proklamiert, die „wehrhafte Demokratie“ gegen die „extremistischen Ränder“ zu verteidigen, verfehlt in seinem ideologisch motivierten Impetus vollends die realen Entwicklungen. Denn gerade der kampagnenorientierte Kulturrassismus zielt – siehe die Sarrazin-Debatte – auf die „politische Mitte“, indem er mehrheitsfähige rassistische Diskurse benutzt zur eigenen Neuverortung. Nicht die „extremen Ränder“, sondern die demokratischen Defizite im Zentrum des Politischen sind dabei die Sollbruchstellen für einen Rechtsruck. Religiös verklausulierter Kulturrassismus, nationalistischer Anti-EU-Protest und Anti-Establishment-Gehabe von Rechtsaußen entfalten deshalb Wirkungsmächtigkeit, weil sie reale Probleme aufgreifen und mit simplen Feindbild-Projektionen politisch besetzen: Sie sind damit zugleich ein Seismograf für die Krise der Demokratie. Ein Blick über den nationalen Tellerrand zeigt beispielhaft an Länder wie Italien und den jüngsten Wahlerfolgen in den Niederlanden und in osteuropäischen Ländern, dass die größten Herausforderungen nicht im Kampf gegen den „extremistischen Rand“ sondern in der schleichenden Implosion der Demokratie durch deren Transformation nach rechts liegt.

Die parteiförmige extreme Rechte in Deutschland hat dies zum Teil erkannt. Sie versucht die rechtspopulistischen Erfolge in Europa national zu importieren, in dem sie sich auf hegemoniale Diskurse bezieht und diese kampagnenartig zuspitzt: Nicht von ungefähr wird der CDU-Slogan von der „christlich-deutschen Leitkultur“ in Anspruch genommen zum neunten Leitspruch „Abendland in Christenhand“. Pro Köln kündigte populistisch zur Hochzeit der Debatte um die diskriminierenden Thesen des Bundesbank-Vorstandmitglieds Thilo Sarrazin, einen Antrag im Rat der Stadt Köln zur Ernennung der Ehrenbürgerschaft Sarrazins zu erstellen. Hier liegen zugleich auch neue Herausforderungen für eine antifaschistische Arbeit: Der „Kampf gegen Rechts“ kann sich nicht auf die moralische Verurteilung beschränken. Vielmehr muss der extremen Rechten das politische Terrain streitig auf neuen Ebenen gemacht werden. Dies beinhaltet die Verstärkung eigener Auseinandersetzungen mit Integrations- und Demokratiedefiziten mit dem Ziel neuer Verständigungen. Die Erfahrung zeigt, dass notwendiger antifaschistischer Protest auf der Straße gegen kulturalistischen Kampagnen-Rassismus nur die eine Seite der Medaille ist. Er muss begleitet werden von inhaltlichen Auseinandersetzungen mit dessen Inhalten sowie der Bereitschaft zivilgesellschaftlicher Initiativen, sich neuen Fragestellungen und politischen Herausforderungen gegenüber zu öffnen, um unter emanzipatorischen Prämissen Umformsformen und Handlungsmöglichkeiten mit vorhandenen Ängsten und Vorurteilen entwickeln zu können.

---

<sup>3</sup> Vgl. Karin Priester, Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 19-36

*Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler, Rechtsextremismusforscher und Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf.  
Er ist Herausgeber der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Pro-Bewegung.  
(Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008)*

Copyright:

Sämtliche Nachdrucke oder sonstige inhaltliche Wiedergaben des Textes – auch in Teilen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verfassers.

Kostenloses Informationsmaterial zur Auseinandersetzung mit der Pro-Bewegung zum download:

[http://www.laga-nrw.de/data/expertise\\_rechtspopulismus\\_2010.pdf](http://www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf)